

Editorial

Julia Hofmann, Florian J. Huber, Bettina Leibetseder

Aktuelle – politisch wie journalistisch geführte – Debatten über westeuropäische Gesellschaften verweisen auf wachsende Spaltungs- und Polarisierungstendenzen: Diagnostiziert werden zunehmende ökonomische Ungleichheit, verschärfte Exklusions- und Desintegrationsmechanismen sowie eine Krise des Sozialstaates. Die Bandbreite der identifizierten Probleme reicht dabei von Umbrüchen sozialer Sicherungssysteme, neuen prekären Arbeits- und Lebenswelten, der Marginalisierung von MigrantInnen bis hin zu Abstiegs- und Positionsängsten in der sogenannten »Mitte« der Gesellschaft. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die sich abzeichnenden Krisenbewältigungsstrategien lassen eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltungen erwarten. Das vermehrte (Wieder-)Auftreten sozialer Bewegungen in den letzten Jahren und das Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte zeigen aber, dass die skizzierten Entwicklungen nicht so einfach hingenommen werden.

Die *Diskussion um soziale Ungleichheit bzw. soziale Spaltung* und deren Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft nimmt in der soziologischen Diskussion je nach den gesellschaftlichen Verhältnissen einen unterschiedlich hohen Stellenwert ein. So dominierte unter SozialwissenschaftlerInnen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund der Vorherrschaft des Wohlfahrtskapitalismus die Einschätzung, dass es langsam, aber doch, zu einer Abnahme sozialer Ungleichheiten kommen würde, während sich spätestens seit Ende der 1990er Jahre jene Befunde mehren, die diese optimistische Interpretation weitgehend für obsolet erklären. Diagnostiziert wird nicht nur eine Verschärfung, vor allem von ökonomischer Ungleichheit (etwa in der Diskussion um prekäre Beschäftigungsverhältnisse und den sogenannten »Working Poor«), sondern auch die zunehmende Bedeutung von »neuen« Formen sozialer Ungleichheit, die sich etwa in unterschiedlichen Zugängen zu Systemen sozialer Sicherheit und Bildung, oder auch in Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Ethnizität oder sexueller Orientierung manifestieren.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob sich die gegenwärtige Gesellschaft durch diese neuen Formen der sozialen Ungleichheit in Richtung einer gespaltenen Gesellschaft entwickelt. Neue Begriffe prägen die verschiedenen gesellschaftlichen Situationen: Der Begriff der *sozialen Exklusion* wurde in den 1960er Jahren in Frankreich in die politische Diskussion eingeführt, um die soziale Lage von Langzeitarbeitslosen zu bezeichnen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten (Silver 1994). Soziale Exklusion im soziologischen Sinne bedeutet (auf gesellschaftlicher Ebene) mangelnde Solidarität, geringere Partizipationsmöglichkeiten sowie schwache soziale Kohäsion. Auf der individuellen Ebene bezeichnet soziale Exklusion eine geringere Teilhabe und schwächere soziale Nahbeziehungen der von Ausgrenzung betroffenen Menschen (Silver 2006). Die Europäische Union führte den Begriff mittlerweile in die nationalen und soziologischen Debatten durch die Nennung im dritten Armutsprogramm ein (Room 1995). Die Termini *Ausschluss, Ausgrenzung und Entkop-*

pelung werden in der Soziologie eher ungern verwendet, lassen sie doch vergessen, dass selbst die Ausgeschlossenen, Ausgrenzten und Entkoppelten immer noch eine Anbindung an die Gesellschaft erfahren. Schon durch die Benennung sind sie ja ein Teil der Gesellschaft (Kronauer 2010, Simmel 1908). Gleichwohl wird im politischen Alltag, manchmal wohl auch in der sozialwissenschaftlichen Debatte, vergessen, dass die Ursachen des Ausschlusses meistens nicht bei den Exkludierten liegen, sondern in den gesellschaftlichen Mechanismen, die Menschen und soziale Gruppen zunehmend von der gesellschaftlichen Mitte entkoppeln. Soziale Exklusion beschreibt so ein gesellschaftliches Phänomen, wo Beschäftigung nicht mehr die Inklusionsfunktion erfüllt bzw. erfüllen kann und immer weitere gesellschaftliche Schichten von Ausgrenzung bedroht sind, sei es aufgrund von Arbeitslosigkeit, sei es aufgrund von schlechteren Beschäftigungsbedingungen (Bude/Willisch 2006, Paugam 2008). Solche Zonen der *Entgrenzung* (Castel 2009) erscheinen umso bedrohlicher, wenn diese auch die gesellschaftliche Mitte erfassen: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Personen einen anderen, unsicheren und abhängigeren Status in der Arbeitswelt zuweisen, sind etwa ein Beispiel für Entgrenzung, vor allem weil es meistens nicht nur das Beschäftigungsverhältnis betrifft, sondern andere Möglichkeiten ebenso einschränkt (siehe etwa Kurswechsel 1/2008 zum Thema Prekarität). Im Gegensatz zur sozialen Ausgrenzung wird beim *Prekaritätsbegriff* die Verknüpfung zum ökonomischen System und zu den veränderten Arbeitsbedingungen als zentraler gesehen. Somit trägt Prekarität auch einen Klassenaspekt und eine Möglichkeit sich als Gruppe der Prekarisierten mit den eigenen Interessen zu formen (Lorey 2010), was im Falle der sozial Ausgegrenzten nicht diskutiert wird. Für eine »echte Demokratie« bedarf es hier eines Umdenkens: Wie können die Interessen der Exkludierten in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess berücksichtigt werden und wie sollen Ressourcen neu verteilt werden (siehe dazu Kurswechsel 1/2009 zur Thematik Verteilung und Demokratie)?

Die Beiträge dieses Heftes

Der einleitende Beitrag dieses Kurswechsel-Heftes widmet sich detailliert der Frage, was unter einer »gespaltenen Gesellschaft« verstanden werden kann. **Nicole Burzan** skizziert den soziologischen Diskurs von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute und zeigt den »Return« von sozialen Spaltungen anhand der klassischen Trias Klasse, Geschlecht und Ethnizität auf. Der Beitrag geht von der These aus, dass der sozialwissenschaftlichen Konzeption von Spaltung und Ungleichheit immer eine Veränderung der gesellschaftlich wahrgenommenen Probleme voranging. Eine zentrale Folge von sozialer Spaltung ist die allgegenwärtige gesellschaftliche Verunsicherung, wie **Julia Hofmann** in ihrem Beitrag argumentiert. Diese kann umgekehrt auch Spaltungen in der Gesellschaft weiter vertiefen und Entsolidarisierungen in Gang setzen, wie die Autorin am Beispiel der österreichischen Bevölkerung zeigt.

Sozialpolitische Maßnahmen haben nicht nur das hehre Ziel der Verhinderung von Spaltungstendenzen, gleichzeitig (re-)produzieren sie soziale Ungleichheit. **Bettina Leibetseder** zeichnet solche Stratifizierungen in der österreichischen Sozialpolitik nach, wobei es, laut der Autorin, nicht die »eine« Spaltung gibt, sondern Ressourcen anhand vieler sozialer Merkmale ungleich verteilt werden. Trotz jahrzehntelangen Wohlstands gibt es auch in Österreich (langfristig) in Armut lebende Menschen. Dass nicht alle Bevölkerungsgruppen dem gleichen Risiko ausgesetzt

sind, sondern dauerhafte Deprivation in engem Zusammenhang mit der Klassenzugehörigkeit steht, zeigt **Stefan Angel** in seinem Beitrag.

Exklusion kann nicht nur anhand von materiellen Aspekten festgehalten werden, auch politische Teilhabe ist sozial sehr ungleich verteilt. Insbesondere unkonventionelle politische Beteiligungsformen (wie z. B. Demonstrationen, Boykotte) werden, **Florian Walter** zufolge, eher von höheren und gebildeten sozialen Schichten genutzt. Einflussnahme findet jedoch nicht nur über genuin politische Beteiligung, sondern auch über Konsum statt. Durch ethischen Konsum sollen Spaltungen auf globaler Ebene abgemildert werden. **Florian J. Huber** zeigt in seinem Beitrag jedoch die Grenzen dieses Ansatzes auf.

Zwar können für Österreich keine französischen oder englischen Verhältnisse festgehalten werden, wenn über urbane Segregation diskutiert wird, dennoch ist auch hier der physische Raum sozial ungleich verteilt. Für Wien stellt **Irmtraud Voglmayr** jedoch die Tendenz fest, dass durch die Suche nach billigem Wohnraum (etwa durch Studierende) bestehende Segregationsmuster wieder aufgelöst werden.

Wurde soziale Ungleichheit über Jahrzehnte mit einer unterschiedlichen Leistung legitimiert, so gibt es gegenwärtig eine Tendenz der Refeudalisierung sozialer Ungleichheit, argumentiert **Sighard Neckel** in seinem abschließenden Beitrag über die Situation in Deutschland. Diese begrenzt die Chancengerechtigkeit und vertieft gesellschaftliche Spaltungen, was von Christoph Reinprecht (2008) und Bettina Haidinger (2008) für bestimmte Gruppen in Österreich attestiert wurde: Menschen, die sich in befristeten oder gänzlich ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen befinden, etwa aufgrund der Staatsbürgerschaft, sind auch in Unwissenheit über ihre Zukunft gelassen und erfahren nicht den Schutz einer Solidargemeinschaft.

Ausgehend von den im Kurswechsel-Heft präsentierten Analysen stellt sich abschließend die Frage, wie den (in Österreich) bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen entgegen gearbeitet werden kann. Dieses Heft bietet eine erste, breit angelegte Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Anschließend daran sollten weitere Untersuchungen zu den bestehenden Ungleichheitsverhältnissen stattfinden, die letztendlich auch in den politischen Diskurs einfließen und über die Dimension »Klasse« hinaus andere Formen der gesellschaftlichen Stratifizierung berücksichtigen. Gleichzeitig müssen grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit wieder (neu) gestellt werden. Der wirtschaftliche Wandel und die allgegenwärtige Krise führen zwar zu einem vermehrten Druck, soziale Ungleichheit als ein gesellschaftlich notwendiges Übel zu sehen; die Frage muss aber umgekehrt gestellt werden: Wie können in Zeiten permanenter Austerität soziale Unterschiede zwischen den Gruppen reduziert und soziale Teilhabe gesichert werden?

Debattenforum: Im Schatten der Krise – Massenarbeitslosigkeit und Kahlschlag der Rechte der ArbeitnehmerInnen

Im Debattenforum zeigen wir eine in Österreich weitgehend unbemerkte, europaweit aber besorgniserregende Entwicklung auf. Mit dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa ging in vielen Staaten ein weitreichender Abbau von Rechten der ArbeitnehmerInnen einher. Verschlechterung des Kündigungsschutzes, Verlängerung der Arbeitszeit, Kettenverträge, Schwächung der Gewerkschaften bei den Kollektivvertragsverhandlungen oder erschwelter Zugang zum Arbeitsgericht sind nur einige der Maßnahmen. Umgesetzt wurde dies in manchen Ländern mittels Not-

fallverfahren, unter Umgehung der Parlamente und der SozialpartnerInnen. **Isabelle Schömann** und **Stefan Clauwaert** haben diese Entwicklungen in Europa verfolgt und geben einen Überblick. Welche Antwort findet die Europäische Union auf die Beschäftigungskrise? Keine, attestiert **Katharina Muhr** anhand der Analyse der aktuellen Europäischen Beschäftigungsstrategie und des im April 2012 veröffentlichten Beschäftigungspakets der Europäischen Kommission.

Literatur

- Bude, Heinz/ Andreas Willisch (2006) Das Problem der Exklusion; in: Heinz Bude/ Andreas Willisch (Hg.) Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg, 7–23
- Castel, Robert (2009) Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit; in: Robert Castel/ Klaus Dörre (Hg.) Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main, 21–34
- Haidinger, Bettina (2008) Prekarität mit Geschichte: Die Care-Ökonomie der Privathaushalte; in: Kurswechsel 1/2008, 34–44
- Kronauer, Martin (2010) Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Frankfurt am Main
- Lorey, Isabell (2010) Gemeinsam Werden. Prekarisierung als politische Konstituierung; in: Grundrisse 35/2010, <http://www.grundrisse.net>, letzter Zugriff 10. 8. 2012
- Reinprecht, Christoph (2008) Prekarisierung und die Re-Feudalisierung sozialer Ungleichheit; in: Kurswechsel 1/2008, 16–23
- Room, Graham (1995) Poverty and Social Exclusion. The New European Agenda for Policy and Research; in: Graham Room (Hg.) Beyond the Threshold. The Measurement and Analysis of Social Exclusion, Bristol, 1–9
- Silver, Hilary (1994) Social Exclusion and Social Solidarity. Three Paradigms; in: International Labour Review 1994, 531–578
- Silver, Hilary (2006) Social Exclusion; in: Encyclopedia of Sociology. Oxford, 4411–4413
- Simmel, Georg (1992/ Orig. 1908) Der Arme; in: Georg Simmel (Hg.) Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Gesamtausgabe, Bd. 2. Frankfurt am Main, 512–555